

Protokoll des asylpolitischen Ratschlags

Im Lichte der GEAS-Reform:

Wie weiter mit der Fluchtpolitik in Europa und in Hessen?

1. Podium: GEAS-Reform: Inhalte, Abläufe, Kritik und Alternativen

Mit

- Janine Wissler, Parteivorsitzende DIE LINKE
- Marie Becker, Mare*Go
- Doris Peschke, Beraterin für Europäische Migrationspolitik, Diakonie Hessen

Marie berichtet von der Entstehungsgeschichte sowie den Einsätzen von Mare* Go. Sie schildert die dramatische Situation auf dem Mittelmeer und insbesondere vor der tunesischen Küste.

Doris: Es wäre Aufgabe der Europäischen Kommission gewesen, das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) zu überprüfen und weiterzuentwickeln. Diese Aufgabe wurde nicht hinreichend erfüllt. Der Beschluss des Europäischen Rates sei praktisch eine Verschlechterung des Status Quo. Nun sei durchgesetzt worden, was schon häufiger zur Diskussion stand - wie zum Beispiel verpflichtende Grenzverfahren mit Inhaftierung für Alle, die Fiktion der Nicht-Einreise und Neu-Regelungen zu „sicheren Drittstaaten“.

Janine: Es habe quasi keine Beratung der GEAS-Reform im Innenausschuss und keinen Beschluss des Bundestags zum Thema gegeben. Die Reform sei historisch, da sie die faktische Abschaffung des Rechts auf Asyl darstelle. Es sei erbärmlich, dass Nancy Faeser das als „historischen Erfolg“ bezeichne. Wenn Menschen im Mittelmeer ertränken, sei dies kein tragisches Unglück, sondern Folge einer Politik der Abschottung. Die GEAS-Reform sei ein Kniefall vor den rechten Parteien in Europa. DIE LINKE habe sich als einzige Partei gegen die Reform positioniert.

Was bedeutet Reform für Flüchtende?

Marie: Die neuen Regelungen änderten nichts an den Gründen von Menschen für Flucht. Diese werde bloß noch gefährlicher und teurer, da kleinere und unsichere Boote genutzt werden würden.

Es gibt bestehende, geltende (Asyl-) Gesetzgebungen, die gute Fluchtpolitik auf dem Papier sicherstellen. Welche Möglichkeiten gibt es, ihre Umsetzung einzufordern? Können wir bei der GEAS-Reform noch intervenieren?

Doris: Nein, da die Einforderung der Umsetzung einen langen, politischen Kampf bedeute, der sich für die aktuelle Kommission nicht mehr lohne. Dies lohne sich aber für die nächste Kommission, sofern die GEAS-Reform nicht beschlossen werde. Die Forderung nach einer humanen Fluchtpolitik sollte im EU-Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen.

Janine: Eine Verbesserung der GEAS-Reform durch das Trilog-Verfahren sei eine Illusion. Die Zeit sei zu knapp, um effektive Bündnisse zu schmieden. Die Art und Weise, wie aktuell das Grundrecht auf Asyl diskutiert werde, berge ein gefährliches Potential. Hier müsse DIE LINKE intervenieren.

Gruppendiskussion: Die geplanten geschlossenen Lager an den EU-Außengrenzen seien an sich bereits eine gewaltvolle Struktur, unabhängig von den konkreten Bedingungen dort. Die Einschränkung des Rechts auf Asyl habe auch innenpolitische Auswirkungen, etwa, dass sie Hetze gegen Migrant*innen befördere. Migration dürfe nicht gesondert von anderen politischen Problemen gesehen werden, sondern hänge auch mit der Wohnungs- oder Bildungspolitik sowie weiteren Politikfeldern zusammen. Migrationsbewegungen seien eine Tatsache. Die Frage sei daher viel mehr, wie Infrastruktur in Deutschland geschaffen werden könne, die Platz für Alle bietet. In der Debatte gehe es um einen universellen Menschenrechtsdiskurs. Dies müsse stärker herausgestellt werden. Zunehmende Verteilungskämpfe führten zu einer wachsenden Ent-Solidarisierung in der Bevölkerung. Es stelle sich die Frage, wie in dieser gesellschaftlichen Situation das Grundrecht auf Asyl zu einem bestimmenden Thema werden kann. Auch müssten Kapitalismuskritik und Klassenperspektiven in der Debatte stärker thematisiert werden.

2. Podium: Fluchtpolitische Perspektiven auf die Landespolitik in Hessen

Mit

- Lea Rosenberg, Referentin für Flucht, Asyl und Migration, Der Paritätische Hessen
- Doro und Tim von Community4All Darmstadt
- Elisabeth Kula, Vorsitzende Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Lea: Das hessische Innenministerium gestalte quasi keine Migrations- und Fluchtpolitik, sondern verwalte nur den Ist-Zustand. Es brauche mehr Mut für eine positive Gestaltung dieses Politikfeldes.

Community4All berichten von ihrer Arbeit im Abschiebeknast Darmstadt-Eberstadt. Es gebe eine wachsende Ungerechtigkeit im Umgang mit Geflüchteten in Hessen. Die zunehmende Inhaftierung von Menschen, die abgeschoben werden sollen, erschwere die Arbeit mit Geflüchteten.

Elisabeth: Die Aufteilung der Ministerien und Zuständigkeiten in der schwarzgrünen Koalition in Hessen führe dazu, dass sich die Grünen aus der Fluchtpolitik der CDU heraushielten. Es gebe einen zunehmenden Abbau von finanzieller und infrastruktureller Unterstützung für die Kommunen in Hessen. Dies führe zu einer verstärkten Ablehnung gegenüber der Aufnahme von Geflüchteten vor Ort. Erstaufnahmeeinrichtungen sollten abgeschafft werden. Die Bedingungen der dezentralen Unterbringung in Kommunen seien zurzeit jedoch nicht besser. Es brauche daher dringend mehr sozialen Wohnraum, mehr Umverteilung von oben nach unten sowie eine bessere Finanzierung des öffentlichen Gemeinwesens.

Lea: Es brauche stärkeren Protest gegen die Haushaltskürzungen auf Bundesebene. Diese träfen vor allem Hessen gravierend, da Hessen kein eigenes Landesprogramm im Bereich Flucht und Migration habe. Es müsse stärkerer außerparlamentarischer Druck erzeugt werden und natürlich müssten bei der Landtagswahl Parteien gewählt werden, die eine solidarische Fluchtpolitik vertreten.

Community4All: Die Forderung nach einer Schließung des Abschiebeknastes in Eberstadt müsse zentral in der antirassistischen Bewegung vertreten werden. Das dadurch eingesparte Geld sollte in gute Maßnahmen und Infrastruktur investiert werden. Notwendig sei außerdem konkrete Unterstützung sowie Druck und Organisation auf der Straße. Dazu brauche es solidarische Netzwerke.

Diskussion: Die Förderung von Ehrenämtern in der Arbeit mit Geflüchteten sei notwendig. Die Themenkomplexe Flucht, Migration und Integration sollten aus dem Innenministerium ausgegliedert werden, so wie dies auch in anderen Städten und Ländern üblich sei. Es existierten durchaus einige Handlungsmöglichkeiten auf der landespolitischen Ebene. Es fehle jedoch der politische Wille hier aktiv zu werden. Außerdem würden Expert*innen und Betroffenenverbände nicht genügend in die Prozesse einbezogen oder mit ihren Positionen ernst genommen werden.

3. Podium: Für einen Paradigmenwechsel in der Fluchtpolitik: Kampflinien, Widerstände und Perspektiven

Mit

- Timmo Scherenberg, Geschäftsführer, Hessischer Flüchtlingsrat

- Milena Löbcke, Dezernentin für Zuwanderung und Integration in Wiesbaden
- Anna, keine Abschiebungen Kassel

Timmo: Die hauptsächliche Auseinandersetzung in der Kommune vor Ort drehe sich um die Frage nach Unterbringung und Wohnraum von Geflüchteten. Die Unterbringung von Geflüchteten in den Kommunen werde oft als nicht gewünscht dargestellt. Es gebe aber durchaus Kommunen, die Geflüchtete aufnehmen möchten, etwa Bad Hersfeld. Diese Positiv-Beispiele müssten stärker betont werden.

Milena: Es brauche einen Kulturwandel in den Städten und Regionen durch positive Leuchtturmprojekte. Aus ihrer Sicht sei die medizinische Versorgung von Geflüchteten das wichtigste Thema in den Kommunen. Im Bereich Migration seien fast überall in Hessen Kürzungen angedacht. Dem müsste sich DIE LINKE aktiv entgegenstellen.

Anna: Es gebe eine zunehmende Repression gegen kurdische Aktivist*innen durch sogenannte „Sicherheitsüberprüfungen“, die von den zentralen Ausländerbehörden ausgeführt würden. Es ist davon auszugehen, dass diese einen politischen Hintergrund haben, da diese hauptsächlich politisch aktive Kurd*innen trafen. Daher solle parlamentarisch nachgefragt werden, was der Hintergrund dieser Sicherheitsüberprüfungen sei und welchen Personenkreis diese trafen.

Milena: Es müssten sichere Orte in den Kommunen geschaffen werden, in denen Menschen vor Abschiebungen geschützt sind. Es gebe große Ermessensspielräume im Aufenthaltsrecht bei den Kommunen, die nicht repressiv, sondern affirmativ genutzt werden sollten.

Diskussion: Es brauche einen Kampf gegen Rassismus und weiße Dominanz auch in linken Strukturen. Ein regelmäßiger Austausch zwischen Aktiven und Projekten sei notwendig.